

Laibacher Zeitung.

Nr. 29.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 6. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere pr. Zeile 5 fr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 fr.

1875.

Ämtlicher Theil.

Heute wird das II. Stück des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain pro 1875 ausgegeben und versendet. Dasselbe enthält unter

Nr. 6

das Gesetz vom 20. Dezember 1874 über die Schonzeit des Wildes; unter

Nr. 7

die Kundmachung des k. k. Landes Schulrathes für Krain vom 9ten Jänner 1875, Z. 3126, betreffend die Vorschriften über die Verwaltung und Bebarung der Schulfonde in Krain mit Ausnahme der Landeshauptstadt Laibach.

Was hiemit kundgemacht wird.

Laibach, am 6. Februar 1875.

Von dem Redactions-Bureau des Landesgesetzblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Zur parlamentarischen Action.

Das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrathes beschäftigte sich in den letzten Sitzungen mit der Erledigung von Petitionen. Abg. Dr. Schaffer fungierte über die Mehrzahl der Vorlagen als Berichterstatter. Unter den Petitionen befanden sich jene des brenner Localausschusses des ersten allgemeinen Beamtenvereines der österreichisch-ungarischen Monarchie um Einflussnahme auf die baldige Erlassung eines neuen Pensionenormales für die Civil-Staatsbeamten und deren Witwen und Waisen und um die Bewilligung einer procentualen Erhöhung der Bezüge für die vom 1. Juli 1873 in den Ruhestand getretenen Pensionisten und deren Witwen und Waisen, welche der Regierung zur eingehenden Erwägung und Würdigung bei Ausarbeitung von Gesetzentwürfen zur Regelung der Pensions- und Versorgungsgenüsse der Staatsbeamten und Diener, deren Witwen und Waisen, auf deren baldige Vorlage zum Zwecke der verfassungsmäßigen Behandlung hingewiesen wird, abgetreten wurde; die Petition des Bezirksausschusses Oederburg (politischer Bezirk Cilli) in Steiermark um Einleitung der nöthigen Schritte zur Errichtung einer neuen Bezirkshauptmannschaft im oberen Sannthale mit dem Amtssitze in Pratzberg, welche der Regierung zur eingehenden Würdigung abgetreten wurde. Die Petitionen der steiermärkischen Landwirtschaftsgesellschaft, der Ackerbaugesellschaft in Görz, der Landwirtschaftsgesellschaft in Krain und der Landwirtschaftsgesellschaft in Kärnten wegen Einberufung der Landwehrmänner und Reservisten außer der Erntezeit und ausgiebiger Berücksichtigung der Urlaubsansuchen

aus dem Präsenzstande während der Erntezeit wurden der Regierung zur möglichsten Berücksichtigung mit der Aufforderung überwiesen, auch bei dem Reichs-Kriegsministerium im Sinne der Petenten zu verwenden. Die Petition des montanistischen Vereines für Steiermark um Unterstützung inländischer Industrieller zum Zwecke der Einrichtung einer Fabrik für Stahlgeschmiedungen wurde der Regierung zur eingehenden Würdigung und Mittheilung an das Reichs-Kriegsministerium abgetreten. Die Petition der Ortsgemeindevertretung Trebailitz in Böhmen um Erwirkung der Auflösung des Demolierungsreverses der Neu-, Um- und Zubauten in dem theeresienstädter Festungsrayon angenommenen Theiles des Ortes Trebailitz im gesetzmäßigen Wege wurde der Regierung zur thunlichsten und eingehendsten Berücksichtigung abgetreten. Bezüglich der Petition von 25 Gemeinden des rzeszower Bezirkes in Galizien um Aufhebung der Nachlassgebühr von Kleingrundbesitzthümern wurde der Antrag des Ausschusses: „Das hohe Haus wolle beschließen, es wird nicht die Aufhebung, wohl aber eine Ermäßigung der Nachlassgebühren von Kleingrundbesitzthümern auf das wärmste befürwortet und diese Petition dem k. k. Finanzministerium mit der Einladung abgetreten, solche in obenerwähnter Richtung bei der bevorstehenden Revision des Gebührengesetzes thunlichst zu berücksichtigen,“ angenommen.

Im Abgeordnetenhaus des ungarischen Reichstages begann am 3. d. die Budgetdebatte. Koloman Tisza ergriff zuerst das Wort und erklärte, daß er sich entschlossen habe, sich von Recriminationen und Polemiken zu enthalten, da er überzeugt sei, daß heute nicht eine Aufregung der Gemüther, sondern die Bezeichnung der Mittel zur Regelung des Staatshaushaltes nothwendig sei.

Auf die Rede des Handelsministers müsse er einige Bemerkungen machen. Bartal habe Unrecht gehabt, für die Vergangenheit nur den Reichstag und vorzüglich das Abgeordnetenhaus verantwortlich machen zu wollen. Dies documentiere nur, daß der Minister nicht das Princip der verantwortlichen Regierung kenne, und sei dies eine Unbilligkeit der Majorität gegenüber: denn einerseits sei das Ministerium verpflichtet, gegen alle Verfügungen des Parlamentes, welche es für schlecht hält, zu kämpfen und wenn es nicht durchdringt, abzusagen, und andererseits sei es der Majorität gegenüber unbillig, welche, der Regierung aus Vertrauen folgend, nachträglich mit Unrecht der Fehler geziehen werde. Hierauf könne man zwar fragen: weshalb unterstützte also die Majorität so lange eine solche Regierung? Aber daß ein Minister so etwas sage, sei unbegreiflich.

Der Handelsminister habe außerdem behauptet, daß Oberungarn mehr besteuert sei als Südungarn und selbes dennoch pünktlicher Steuer zahle. Eine solche Aufhebung zweier Theile des Landes sei unbegreiflich, und wenn man bedenkt, daß Oberungarn eine größtentheils nichtmagyarische Bevölkerung habe, werde man nicht aus der Behauptung des Ministers leicht Kapital schlagen? Was der Minister bezüglich der Steuern gesagt hat, entbehre jeder Begründung und ist möglicherweise ein weitgehendes Cortes-Mittel, aber dann ist es jedenfalls unpatriotisch.

Redner erklärte hierauf, zuerst seinen Standpunkt bezüglich der Budgetvorlage, ferner die Wege, welche er zur Erreichung der angestrebten Ziele nothwendig halte, bezeichnen und schließlich seine Ansichten über die Stellung seiner Partei ausführen zu wollen. Vor allem erwarte er, das Haus möge kein Zaubermittel von ihm erwarten. In unseren Verhältnissen nützen weder die Erwähnung des Glücksternes, noch Phrasen. Heute sei ernste Arbeit nothwendig. Ferner müsse er auf einige Fehler hinweisen, wenn auch nicht die jetzige Regierung allein für die Lage verantwortlich sei. Da aber seit 1867 die Regierung dieselbe war, so könne er nicht immer distinguieren.

Er wisse ganz wohl, daß in Staaten mit geregelten parlamentarischen Verhältnissen die Budgetvorlage auch von der Opposition acceptiert zu werden pflege; aber bei uns seien eben keine geregelten parlamentarischen Verhältnisse, da seit 1867, trotzdem ein Regierungswechsel wiederholt eingetreten ist, die Politik dieselbe geblieben sei, was den Beweis liefere, daß bei uns keine wirklich verantwortliche parlamentarische Regierung, sondern ein Disastersystem existiere, wo die Häupter der einzelnen Sectionen Minister sind. Infolge dessen stürzen Minister nach Minister, um sich hinter den Rücken ihrer Nachfolger zu setzen, während in anderen Staaten gefallene Minister in den Reihen der Opposition sich wieder verjüngen und wieder regierungsfähig werden, was bei uns nie der Fall war. Wenn demnach keine wirklich parlamentarische Regierung existiert, könne man von der Opposition nicht fordern, daß sie gewöhnliche Mittel gebrauchen möge.

Aber ein noch wichtigerer Grund spreche für die Verwerfung der Budgetvorlage, denn jeder Redner habe betont, daß wir jetzt keine Zeit zu verlieren haben und ein sofortiges planmäßiges Vorgehen nothwendig sei. Wenn nun jemand davon überzeugt ist, daß die jetzige Regierung, nach ihren bisherigen Erklärungen beurtheilt, nicht im Stande ist, das Land von den Uebeln zu retten, muß man die erste Gelegenheit ergreifen, um diese Regierung zu stürzen.

Feuilleton.

Ein neuer Brutus.

Nach den Erinnerungen eines alten Soldaten von Fr. Wilhelm Wulff. (Schluß.)

Im nächsten Augenblick sah ich indessen schon meine Unbesonnenheit ein, denn kaum waren diese Worte über meine Lippen gekommen, als der General vor mir stand.

„Schweigen Sie, mein Herr“, rief er mit donnernder Stimme. „Niemand gestehe ich ein Recht zu, mir vorzuschreiben, was ich beginnen soll.“

Eingeschüchtert stammelte ich Entschuldigungen. Er mußte mir es ansehen, wie betrübt ich war, daß alle meine Versöhnungsprojecte gescheitert waren, denn sein Zorn über mein unkluges Dazwischentreten hielt nur einen Moment an. Gleich darauf flog ein trübes Lächeln über sein Gesicht und er sagte, indem er mir auf die Schulter klopfte:

„Es war nicht so arg gemeint, Herr Lieutenant. Die Erbitterung, welche mich gegen jenen ehrlosen Veb erfüllt“, er deutete mit verächtlicher Geste auf seinen Sohn, „hat mich vergessen lassen, daß ich Ihnen Dank schulde.“

Ich wagte keine Silbe zu entgegnen, denn ich befand mich in einer seltsamen Verwirrung, deren ich nicht Herr zu werden vermochte. Ohne weiter auf mich zu achten, kehrte der General zu seinem Sohne zurück, welcher das Antlitz mit den Händen bedeckend, noch immer am Boden lag.

„Höre mich an“, sagte er düster. „Der Abend dieses Tages darf nur noch einen von uns beiden am Leben finden.“

„Allgerechter Gott, was soll das heißen?“ schrie der Jüngling entsetzt.

„Wenn noch ein Funken von Ehre in dir ist, so wirst du dich mir stellen zu einem Kampf auf Tod und Leben“, fuhr der General fort. „Einer von uns muß sterben.“

Der ernste, feierliche Ton, in welchem er sprach, ließ keinen Zweifel zu, daß er wirklich daran dachte, sich mit seinem Sohne zu schlagen. Das Blut stockte mir in den Adern und es wurde dunkel vor meinen Blicken.

„Erbarmen, Gnade“, ächzte der unglückliche junge Mann, indem er die Hände flehend zu seinem Vater erhob.

„Es ist mein unabänderlicher Entschluß. Du mußt dich drein ergeben“, sagte dieser. „Ich kann den Schimpf nicht ertragen, dich aus dem Regiment gestossen zu sehen. Du kennst meinen Wahlspruch: Besser todt als ehrlos.“

„So kann dich nichts milder stimmen, mein Vater?“ stieß der Jüngling hervor.

„Dein Tod allein kann mich versöhnen“, entgegnete der General dumpf.

Ein schmerzliches Zucken wurde in seinem Antlitz sichtbar. Er unterdrückte nur mit Mühe seine Erschütterung.

Bruno von R. . . richtete sich empor.

„Ist das dein letztes Wort, Vater?“ rief er.

„Es ist mein letztes Wort“, entgegnete der General.

„So willst du, daß ich sterben soll?“ fragte der Jüngling in einem Ton, der uns Allen das Blut nach dem Herzen jagte.

Ein tonloses „Ja!“ drang über die Lippen des Generals.

„So leb' wohl, mein Vater!“ schrie der Unglückliche, von wilder Verzweiflung erfaßt. „Ich will deinen Willen erfüllen. Mein Blut soll meine Schande auslösen.“

Mit Blitzesschnelle stürzte er nach der Thür und riß sie auf.

Im ersten Augenblick stand ich wie erstarrt da. Erst als der Jüngling die Thür aufriß und sinnlos hinausstürzte, erlangte ich die Herrschaft über meinen Körper wieder. Mit dem Rufe: „Halt ein, Unglücklicher!“ eilte ich ihm nach. Ich stand schon auf der Schwelle des Zimmers, als eine Hand von Eisen meinen Arm ergriff und mich zurückhielt.

„Was wollen Sie thun?“ fragte eine tiefe Stimme. Der General stand an meiner Seite.

„Sie fragen? Es gilt das Leben Ihres Sohnes“, rief ich und versuchte mich loszumachen.

„Bleiben Sie, Herr Lieutenant“, sagte er, indem er meinen Arm umklammerte.

Das Entsetzen verlierte mir Kieftkräfte; es gelang mir nach einem langen verzweifelten Ringen, ihn zurückzudrängen. Ich war frei und sprang mit einem gewaltigen Satz auf die Thür zu, welche offen geblieben war. Der General versuchte mich aufzuhalten, aber der Festungscommandant warf sich zwischen uns. Ich flog über den Flur und war eben im Begriff, die Treppe, welche ins obere Stockwerk führte, hinaufzueilen, als das Krachen eines Pistolenknalles und gleich darauf ein markerschütternder Schrei an mein Ohr schlug.

„Zu spät!“ rief ich fast sinnlos.

Eine Minute später stand ich vor der Leiche des unglücklichen Jünglings. Er hatte gut getroffen. Die Kugel hatte ihm das Herz durchbohrt. Mit dem Auf nach Hilfe warf ich mich neben dem Todten nieder.

Die Regierung hätte ein Budget einreichen sollen, welches bis an die äußersten Grenzen der Sparbarkeit gegangen wäre. Weiteren Reductionen hätte sie sich energisch widersetzen sollen. Zur Veränderung des Verwaltungssystems der Justizpflege hätte sie wenigstens Schritte thun, zur Verpachtung der Staatsgüter Vorschläge unterbreiten, die Revision des Zoll- und Handelsbündnisses schon 1872 anbahnen sollen. Die städtischen Obergespanne werden jetzt abgeschafft, weil die Wahlen vor der Thüre sind. Was die Steuervorlagen betrifft, so ist Tisza zu Opfern bereit, doch müsse die Regierung die Regelung in allen Zweigen der Verwaltung wenigstens andeuten und die Ueberzeugung schaffen, daß die Opfer nicht umsonst gebracht sein werden.

Jede directe Steuererhöhung ohne Hebung der Steuerfähigkeit und des Credits führe zur Verarmung des Volkes. Bei den indirecten Steuern soll, wenn nöthig, das Einkommen des Staates erhöht werden. Dann sollen Maßnahmen gegen die Hinterziehung des Staates seitens der gewissenlosen Steuerzahlung getragen werden.

Wenn dann auch die Banfrage gelöst, das Zoll- und Handelsbündnis revidiert, die Staatsbahnen rentabler gemacht und die Staatsgüter verkauft werden, dann werde im Jahre 1877 das Gleichgewicht hergestellt sein und Redner schreie dann selbst von einem neuen Ansehen nicht zurück, denn selbst in Staaten mit geordneten Verhältnissen werden zu Investitionen Ansehen aufgenommen.

Was schließlich die Parteiverhältnisse betreffe, müsse er auf dieselben reflectieren, nachdem sie von vielen Rednern erwähnt wurden. Inbetriff der 1867er Ausgleichsgesetze herrsche im Lande manche irrige Ansicht. Redner theilt diese Gesetze in drei Gruppen ein:

1. Den G. A. XII, 1867, welcher an keinen Zeitpunkt gebunden ist und so lange in Geltung bleibt, bis nicht alle gesetzgebenden Factoren sich für eine Aenderung einstimmig aussprechen, bis dahin aber jedenfalls feststeht.

2. Die auf die Quote und den Zollvertrag bezüglichen Bestimmungen, bezüglich welcher noch Ablauf des bestimmten Termines neue zweckmäßige Vorschläge gemacht werden können, und

3. die auf die Staatsschuldenquote bezüglichen Verpflichtungen, welche wir so lange erfüllen müssen, bis nicht ein Theil des Kapitals getilgt wird.

Aber die Errichtung der selbständigen Bank gehöre durchaus nicht zu den gemeinsamen Angelegenheiten. Daraus folgt, daß eine Modification des Ausgleiches nicht sobald in den Vordergrund treten wird und daß dies heute keine brennende Frage sei. Die Revision des Ausgleiches hat so viele Fora zu passieren, daß man derselben nicht unthätig entgegensehen darf.

Redner glaubt nicht, daß die sogenannten gemeinsamen Ausgaben geringer gewesen wären, wenn sie nicht von den Delegationen, sondern von der ungarischen Legislative allein votiert worden wären.

Er erwartet von den diesbezüglichen Reductionen keine großen Resultate, denn leider müssen wir die Monarchie durch eine große und starke Armee sichern. Da ganz Europa den bewaffneten Frieden hält, können wir nicht unsere Sicherheit gefährden, da sonst von einer Regelung der Finanzen keine Rede sein kann.

Um das 1867er Gesetz haben die Parteien, und mit Recht, sich gruppiert. Redner war dabei von zwei

Motiven geleitet: Er hoffte, daß die Ansichten der Linken inbetriff des Ausgleiches die Majorität erlangen werden, ferner, daß sie, ohne Rücksicht auf die staatsrechtliche Stellung aller Parteien, das materielle Wohl des Landes fördern werden. In beiden habe er sich getäuscht.

Nun, da der Uebelstand constatirt ist, muß man fragen, was helfen könne. Redner kennt nur ein Mittel: die Parteien dürfen einander nicht fragen, was sie über die zukünftigen Fragen denken, sondern wie sie den jetzigen dringenden Aufgaben gerecht werden wollen. Diesbezüglich wolle er die Hauptzüge seiner Ansichten auseinandersetzen. Redner hält eine gründliche Reform der Administration für nothwendig, ist aber gegen die Ernennung der Beamten und für die Wahl derselben. Er ist für eine Erweiterung des Wirkungskreises der Obergespanne, und bezüglich der Justizpflege für Zuweisung der Bagatellsachen an die Verwaltungsorgane. Tisza hält es für nothwendig, daß zur Lösung der dringenden Fragen diejenigen Mitglieder aller Parteien, welche darin einer Ansicht sind, sich vereinigen, wobei man von keinem Einzigen ein Aufgeben seiner Principien fordern dürfte.

Zur Deak-Partei gewendet, sagt Redner: Die rasche Regelung der Finanzen liege in ihrem eigenen Interesse, denn sonst werde sie selbst den Artikel XII, 1867 nicht erfüllen können. Ebenso möge auch die Opposition bedenken, daß an eine Modification dieser Bestimmung nur dann gedacht werden kann, wenn Ungarn über geordnete Finanzen verfügt. Alles das möge auch die Nation erwägen, wenn sie zur Wahlurne tritt.

Redner reicht schließlich einen Beschlußantrag ein, demzufolge das Budget abgelehnt werden soll.

Reichsrath.

106. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 1. Februar.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. v. Stremaier, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Ritter v. Chlumetz, Freiherr v. Pretis, Oberst Forst und Dr. Bierniakowski.

Die Gesetzworlage über den Verwaltungsgerichtshof wird einem aus dem ganzen Hause zu wählenden Ausschusse von fünfzehn Mitgliedern zuzuweisen beschlossen.

Abg. Dr. Joseph Ropp begründet seinen Antrag auf Aufhebung der Collegiengelder an den Universitäten, Aufbesserung der Professorengehälter etc. Zur Vorberatung dieses Gegenstandes wird ein Ausschuss von neun Mitgliedern gewählt.

Es wird über eine Reihe von Petitionen Beschluß gefaßt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über einige Aenderungen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über den Feingehalt der Gold- und Silberwaren und dessen Ueberwachung.

Das Gesetz wird nach dem Antrage des Ausschusses ohne Debatte in zweiter und sofort auch in dritter Lesung angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Anlage von Grundbüchern und der inneren Einrichtung derselben in der Markgrafschaft Istrien. Der Antrag des Ausschusses: „Das hohe Haus wolle dem Gesetzentwurfe über die Regelung der Anlage von Grundbüchern und der inneren Einrichtung derselben, wie dieser Entwurf aus den Verhandlungen des Ausschusses hervorgegangen ist, die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilen,“ wird angenommen. Das Gesetz wird in zweiter und sofort auch in dritter Lesung unverändert zum Beschluß erhoben.

Es folgt die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf wegen Veräußerung des ärarischen Gebäudes Nr. C 184 am Salzries in Wien. Das Gesetz wird ohne Debatte in zweiter und hierauf auch in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Es folgt die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Convention zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Rußland zu gegenseitigem Schutze der Handelsmarken. Das Gesetz wird ebenfalls in zweiter und dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Antrages des Abg. Heilsberg und Genossen auf Errichtung einer Thierarzneischule für die Alpenländer. Der Antrag des Ausschusses, das hohe Haus wolle beschließen: „Die hohe Regierung wird aufgefordert, dem allgemeinen Mangel an geeigneten Bildungsanstalten für die Thierärzte durch die Sorge für die Errichtung solcher Institute, je in der südlichen, nordwestlichen und nordöstlichen Gruppe der österreichischen Länder abzuheben,“ wird angenommen.

Der Antrag des Abg. Steudel und Genossen wegen Aenderung der Bestimmungen über die Verschärfung der Thiercadaver wird mit der Bestimmung, daß von nun an die Thiercadaver sowohl in den Hauptstädten als auch in den Viehcontumazanstalten und so weit dies möglich ist auf dem flachen Lande mittelst des Verfahrens auf thermochemischem Wege zu vertilgen sind, angenommen.

107. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 3. Februar.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 15 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freih. v. Casser, Dr. Vanhans, Dr. v. Stremaier, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Ritter von Chlumetz, Freiherr von Pretis, Oberst Forst und Dr. Bierniakowski.

Der Finanzminister legt einen Gesetzentwurf betreffs einer Nachtragsforderung für die zu gründende Universität in Czernowitz auf den Tisch des Hauses.

Es folgt die Debatte über den Antrag des Abg. R. v. Schönerer und Genossen, betreffend die Erforschung der Ursachen über die Entstehung und immer weitere Ausbreitung der Rinderpest.

Abg. Proskowetz erstattet Bericht:

Der Ausschuss beantragt: Es werde die k. k. Regierung dringendst aufgefordert, Gesetzentwürfen schnelligst einzubringen, wodurch

1. a) das Verbot der Einfuhr von lebenden Rindern, Schafen und Ziegen aus Rußland und den Donaufürstenthümern, dann die mit Militärcordons durchzuführende strengste Grenzperre längs der russischen und moldauischen Grenze ausgesprochen;

b) als Uebergangsmaßregel die Errichtung von Schlachthäusern an allen Eisenbahn-Einbruchstationen auf Staatskosten angeordnet wird;

c) die jetzt bestehenden Contumazanstalten nach Maßgabe der Errichtung dieser Schlachthäuser successive aufgelassen und vorläufig auf den nothwendigsten Bedarf beschränkt;

d) die Hebung der Viehzucht in Galizien und der Bukowina mit allen Mitteln, nöthigenfalls durch Staatssubventionen gefördert werden.

2. Die bestehenden Seuchengesetze und Verordnungen einer Revision zu unterziehen, für energischste Hintanhaltung des Schmuggels und strengste Durchsührung der dagegen zu treffenden Maßnahmen Sorge zu tragen.

3. Die unverzügliche Uebertragung der Aufgaben des Veterinärwesens aus dem k. k. Ministerium des Ackerbaues und die Errichtung von Thierarzneischulen und die Regelung des thierärztlichen Unterrichtes zu veranlassen.

4. Verhandlungen mit der königl. ungarischen Regierung zu pflegen, damit die in der diesseitigen Reichshälfte ins Leben tretenden gesetzlichen Bestimmungen und Maßnahmen zur Hintanhaltung der Rinderpest gleichzeitig in den Ländern der ungarischen Krone eingeführt werden.

In der Debatte ergreifen das Wort die Abgg. R. v. Schönerer, Grocholsti, Weinrich, Dr. Ryger, Holzer, Dzwankowski, Siegl, Tomaszczuk, Dr. Razlag, Deschmann, Tinti und Minister Casser.

Dr. Razlag beleuchtet die diesseitigen Zustände an der ungarisch-österreichischen Grenze, indem er hervorhebt, daß namentlich aus Kroatien die Viehseuche nach Krain in häufigen Fällen eingeschleppt werde; deshalb sei es nothwendig, daß auch in Ungarn und Kroatien

Der Commandant führte den General an die Leiche seines Sohnes.

„Sein Blut komme über Ihr Haupt, General v. R...“, sagte er tief erschüttert.

„Sei es, ich will es tragen,“ entgegnete dieser mit hoher Stimme.

Langsam sank er vor der Leiche in die Kniee. Es schien, als ob die übermenschliche Kraft, welche ihn bisher aufrecht erhalten hatte, ihn jetzt zu verlassen drohte, denn sein Haupt fiel schwer auf die Brust hinab.

Eine lange Zeit verharrte er regungslos in dieser Stellung. Plötzlich richtete er das Haupt empor und neigte sich über die Leiche. Eine Thräne fiel auf das Antlitz des Todten. Dann neigte er sich tiefer und drückte einen langen, heißen Kuß auf die kalten Lippen seines Sohnes.

Dieser stumme und doch so herbe Schmerz söhnte mich wieder ganz mit ihm aus. Ich vermochte nur Bewunderung zu fühlen für diesen Mann, welcher seiner Ehre den einzigen Sohn geopfert hatte.

Noch an demselben Tage verließ der General die Festung.

„Jetzt gehts in die Schlacht,“ sagte er beim Abschiede. „Ich flehe zu Gott, daß er mich bald möge Erlösung finden lassen. Was ich gethan, ich werde es dort droben verantworten. Ich habe meinen einzigen Sohn in den Tod gesandt, aber ich konnte nicht anders.“

Wenige Tage darauf erhielt unser Regiment die Ordre, Magdeburg zu räumen, um das Hauptcorps zu verstärken, das damals in Weimar lag. Wir hatten manchen barten Strauß zu bestehen, ehe wir den Ort unserer Bestimmung erreichten.

Ein Jahr verging, ohne daß ich wieder etwas von dem General hörte, welcher bei einem anderen Armee-corps stand. Ich glaubte ihn todt.

Eines Tages hatte unser Regiment ein blutiges Gefecht mit einem überlegenen feindlichen Corps zu bestehen und wurde zurückgeschlagen. Auf dem Rückzuge kamen wir durch ein kleines Dorf, welches hart an der sächsischen Grenze liegt. Wir stießen hier auf eine Truppenabtheilung unserer Armee, welche, wie wir, auf dem Rückmarsche begriffen war. Vor einem Bauernhause, welches in der Mitte des Dorfes lag, fanden wir eine zahlreiche Menge von Offizieren aller Waffengattungen versammelt. Ich erblickte mehrere mir aus früherer Zeit befreundete Kameraden unter ihnen und trat deshalb aus der Reihe meiner Compagnie. Der feierliche Ernst, mit welchem alle meinen Gruß erwiderten, erregte meine Neugierde.

Ich fragte nach der Ursache dieser sichtlichen Verstimmung.

„Dinnen in der Stube liegt ein hoher Offizier unserer Armee, auf den Tod verwundet,“ entgegnete einer aus der Schaar.

„Wer ist?“ fragte ich von einer dunklen Ahnung erfaßt.

„Der General von R...“, gab man mir zur Antwort.

Das war eine wunderliche Fügung. Rasch brach ich mir Bahn durch die Menge und eilte in das Haus.

Im Hintergrunde eines ärmlichen Stübchens lag auf einem Strohlager der General. Er hatte eben den letzten Athem ausgehaucht. Ergreifen drängte ich mich an das Lager. Er war ruhig hinübergegangen in das Jenseits. Der Tod hatte nicht einmal das Lächeln von seinen Lippen zu verjagen vermocht.

„Gott hab' ihn selig,“ beschloß Tonnsdorf seine Erzählung, „er war ein starrer, unbeugsamer Charakter, aber — ein braver Soldat.“

alle jene Vorkehrungen getroffen werden wie in West-Oesterreich und dadurch ein Cordon gegen Ungarn überflüssig werde. Nachdem Redner noch die Wiedereinführung des Viehsalzes befürwortet, empfiehlt er die Annahme des Punktes 4 der Anträge des Ausschusses. (Bravo!)

Abg. Deschmann spricht in ähnlichem Sinne, indem er eine Resolution des kaiserlichen Landtages in Erinnerung bringt, wonach das Ministerium des Innern ersucht wird, mit der ungarischen Regierung sich ins Einvernehmen zu setzen, damit auch dort jene Principien, auf denen das Seuchengesetz vom Jahre 1868 beruht und welche von allen Regierungen der civilisierten Länder acceptiert worden sind, im Gesetzgebungswege eingeführt werden und zur strengsten Durchführung gelangen mögen. Redner bezeichnet Kroatien als einen immerwährenden Herd der Bedrohung für Krain, weshalb der Punkt 4 der Anträge als der wichtigste erscheine. Es sei wünschenswerth, daß nicht nur die zukünftigen, sondern auch die gegenwärtig bei uns bestehenden diesfälligen Gesetze in Ungarn ebenfalls Geltung erlangen möchten. (Bravo!)

Nach Schluß der Debatte wird Punkt 4 des Antrages angenommen: „Die hohe Regierung wird aufgefordert, mit der k. ungarischen Regierung Verhandlungen zu pflegen, damit die in der diesseitigen Reichshälfte ins Leben tretenden gesetzlichen Bestimmungen und Maßnahmen zu Hintanhaltung der Rinderpest gleichzeitig in den Ländern der ungarischen Krone eingeführt werden.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 5. Februar.

Das ungarische Amtsblatt enthält den Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben Ungarns während des letzten Quartals 1874. Die Einnahmen betragen 46.222,843 fl. 28 1/2 kr., um 12.692,267 fl. 36 1/2 kr. mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres, und stellen sich um 9.836,912 fl. 28 1/2 kr. höher als das Präliminare. Die Ausgaben betragen 43.080,956 fl. 15 kr., um 6.766,266 fl. 64 kr. weniger als in der gleichen Periode des Vorjahres und um 2.186.050 fl. 38 1/2 kr. weniger, als nach dem Jahrespräliminare auf dieses Quartal entfällt. Die Resultate des vierten Quartals stellen sich, wie der „Pester Lloyd“ sagt, im allgemeinen günstiger als die der vorhergegangenen, entschädigen jedoch keineswegs für die Ausfälle der ersten drei Quartale. Aus den Ergebnissen des Jahres 1874 erhellt, daß das Gebahrungsdéficit 53.811,082 fl. beträgt und daß die Einnahmen hinter dem Präliminare mit 11.332,467 fl. zurückblieben.

Dem deutschen Bundesrathe wurde vom Reichskanzler der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Naturalisation von Ausländern, welche im Reichsdienste angestellt sind, zur Beschlußnahme vorgelegt. Der genannte Gesetzentwurf bestimmt: „Ausländer, welche im Reichsdienste angestellt sind, ein Dienst Einkommen aus der Reichskasse ziehen und ihren Wohnsitz im Auslande haben, darf die Naturalisation in einem Bundesstaate nicht verweigert werden.“

Die Nationalversammlung in Versailles hat den Artikel IV, welcher die Minister für die allgemeine Politik der Regierung und individuell für ihre persönlichen Acte verantwortlich macht und die Verantwortlichkeit des Präsidenten nur für den Fall des Hochverrathes festsetzt, mit Hinzufügung der Worte „Marschall Mac Mahon“ und bloßer Belassung der Worte „Präsident der Republik“, angenommen. Auch der Artikel V wurde angenommen. Derselbe bestimmt: Im Falle der Erledigung der Präsidentengewalt werden die Kammern unverweilt zusammentreten und zur Wahl des Präsidenten schreiten; die Minister werden in der Zwischenzeit interimistisch die Regierungsgewalt ausüben; die Kammern werden über eigenen Beschluß oder über die Initiative des Präsidenten das Recht haben, zu erklären, daß zu einer Revision der Verfassung geschritten werden solle. Bis zum Jahre 1880 wird nur Marschall Mac Mahon allein eine Revision beantragen können; die Revision ist auch auf die Regierungsform anwendbar.

Die von verschiedenen ausländischen Blättern neuerlich zur Sprache gebrachte Insinuation, daß Frankreich in orientalischen Angelegenheiten, besonders in Serbien, der Politik der drei großen nordischen Höfe entgegenarbeite, wird an maßgebender Stelle hier für absolut erfunden erklärt. Frankreich wünscht weniger denn je, im Oriente einen Conflict entstehen zu sehen.

Das „Diario Espanol“ meldet: General Moriones hat nach der Verproviantierung Pamplona's wichtige Stellungen zwischen Pamplona und Carrascal bezieht. Die Carlisten begannen ihren Rückzug gegen Estella. Man glaubt, daß General Loma in Ascoitia und Azeitia eingerückt sei, wo sich carlistische Gießereien befinden, die vermutlich zerstört wurden.

Tagesneuigkeiten.

— (Vom A. h. Hofe.) Se. Majestät der Kaiser haben am 4. d. Audienzen zu erteilen geruht.

— (Sterbefälle.) Am 2. v. M. starben in Graz Eduard Mericel, Generalsecretär der wechselseitigen Brandschaden-Versicherungsgesellschaft, im 41. Lebensjahre; Comte Wilhelm

Alberti im 19. Lebensjahre; Heinrich Precht, Kassier des Stadttheaters, und Johann Schiffner, k. k. Militär-Bauverwaltungs-Official i. R. — In Cilli starb am 30. Jänner der hochw. Josef Huber, gewesener Professor und Custos des naturhistorischen Cabinets am k. k. Staatsgymnasium zu Cilli, Weltpriester der brüderlichen Diöcese.

— (Zur Action des grazer Thierschutzvereins.) Der Fleischauger Josef W. . . am Griesplatze in Graz wurde am 1. August 1874 wegen vorchriftswidrigen Kälbertransportes, da nemlich 4 Stück mit Rebschnüren derart gefesselt waren, daß die Füße derselben schmerzhaft angeschwollen waren und ein Stück auf der einen Kopfseite vom Wagenrade abgeschliffen war, zu 4 fl. Strafe verurtheilt. — Mathias Dresch, Knecht beim Großfuhrmann Johann Weibinger hier in der Gleisdorfergasse Nr. 10, wurde mit 12stündigem Arrest am 14. September 1874 abgestraft, weil er mit einem schwerbeladenen Unrath-Tonnenwagen nach der oberen Sporgasse fuhr, und die Pferde, welche die Last nicht vorwärts brachten, derart geschlugen, daß dieselben bei jedesmaliger Anstrengung zusammenbrachen und sich derart beschädigten, daß ihnen die Füße bluteten und Blut aus der Nase floß. — Josef Frummann, Grundbesitzer in Kunberg, Bezirk Wiltz, wurde hier wegen vorchriftswidrigen Kälbertransportes, und zwar wegen zu festen Zusammenschneidens der Füße und Ausladens von 2 Kälbern in einem unverhältnismäßig kleinen Karren, so daß die Köpfe derselben stets an die Karrenwand stießen, am 10. Oktober 1874 zu 2 fl. Strafe verurtheilt. — Johann Stadler, Händler aus Rohrbach, Bezirk Umgebung Graz, schlug eine Ziege während des Transportes derart, daß sie an den Hinterfüßen blutete; derselbe wurde dafür am 7. November v. J. mit 24stündigem Arrest abgestraft. — Anton Mager aus der Gemeinde Wandersdorf schlug hier nach zahmen Tauben, welche auf dem Boden Futter suchten, mit seinem Stöcke und riß jenen, welche er erreichte, im lebenden Zustande die Federn aus. Derselbe wurde am 1. Dezember v. J. mit 48stündigem, mit einem Fasttage verschärften Arrest für die Grausamkeit bestraft. — Anton Schleifer, Knecht beim Herrn Badermeister Stroff am Salominiplatze hier, mißhandelte das vor den von ihm geführten Brotwagen gespannte Pferd in unmenschlicher Weise. Er zerschlug auf demselben einen Fischbeinspießganzlich, riß das Thier beim Maule und den Ohren und trat es mit den Füßen, bis von den dazugekommenen Sicherheitswachmännern diesem Scandale ein Ende gemacht wurde. Dieser Thierquälerei wurde am 8. Dezember v. J. mit einer Strafe von 10 fl. belegt.

— (Ein neuer Planet.) Die k. k. Sternwarte in Wien veröffentlicht folgendes: Herrn J. Palisa, Vorsteher der Sternwarte am hydrographischen Amte zu Pola, dem wir schon im vorigen Jahre die Entdeckung der Planeten „Austria“, „Melibor“ und „Siwa“ verdanken, ist an einem Stern kaum zwölfter Größe wieder ein Fund dieser Art gelungen, dessen erste Position lautete wie folgt: Mittlere Zeit Pola, 28. Jänner: 11 h 24 m; Rectascension: 8 h 25 m 56 s; Declination: + 18° 18'. In Wien wurde das neue Gesicht durch Herrn Assistenten L. Schulhof im nachstehenden Orte constatirt: Mittlere Zeit Wien, 31. Jänner: 10 h 47 m 6 s; Rectascension: 8 h 22 m 44 s; Declination: + 18° 25' 6". Wien, den 1. Februar 1875.

— (Aus dem Vatican.) Don Carlos soll ein Schreiben erhalten haben, welches ihn der Sympathien des Papstes versichert, ihm aber die Ermüdung anheimgibt, ob die Fortsetzung des Krieges zweckmäßig sei. — Der Papst besichtigte am 4. d. in Begleitung mehrerer Cardinale und Prälaten die Arbeiten in der Basilika der Peterskirche, die er seit 20. September 1870 nicht besucht hatte. Die Kirchenthüren wurden während dieser Besichtigung gesperrt.

Locales.

Aus der Gemeinderathssitzung.

Laibach, 5. Februar.

Anwesend: Bürgermeister k. k. Regierungsrath Anton Laschan als Vorsitzender, 22 Gemeinderäthe und der Protokollführer.

Beratungs-Gegenstände:

I. Zur Verificierung des letzten Sitzungsprotokolles werden die Gemeinderäthe Dr. Ritter v. Kaltenegger und Polegg bestimmt.

II. Der Vorsitzende theilt eine Zuschrift des Landesauschusses mit, worin die Allerhöchste Sanction der Landesgesetze, betreffend die Aufhebung des Schulgeldes und die Abnahme von Gebühren für den Normal-Schulfond in Krain bekanntgegeben wird.

Hierauf wird zur Tagesordnung geschritten.

III. Der Gemeinderath genehmigt die Herstellung der Brücke mit Eisenconstruction über den Gradatschabach um den präliminirten Kostenbetrag von 9285 fl. 55 kr., ratificiert die betreffenden Bedingungen und erteilt dem Magistrat die Weisung, die diesfällige Offert-verhandlung auszuschreiben.

IV. Dem Fabrikbesitzer Woschnagg in der Bahnhofgasse wird in der Erwägung, als der dort befindliche öffentliche städtische Brunnen das genügende Wassergewinnung enthält, die Mitbenützung dieses Brunnens zu Fabrikzwecken gegen dem erteilt, daß hiedurch die Rechte der übrigen Hausbesitzer in der Bahnhofgasse nicht beeinträchtigt und allfällige Rechtsconsequenzen zu gunsten Woschnaggs ausgeschlossen werden. Dem Fabrikbesitzer Woschnagg wird der Einsatz eines eigenen Wasserrohres nach Andeutung des städtischen Bauamtes gestattet.

V. Der Gemeinderath nimmt zur Kenntniß, daß der krainische Landesauschuß in der Commission für die Realschulfondsverwaltung durch ein Mitglied vertreten zu sein wünscht. Daß von der Realschuldirektion

beanspruchte außerordentliche Erfordernis für Lehrmittel und Turnhalle-Einrichtung im Gesamtbetrage von 7754 fl. 35 kr. ist einer sachmännischen Prüfung zu unterziehen, das jährliche Dotationserfordernis für die Realschule im Einvernehmen mit dem Landesauschusse festzustellen, die Einflugsnahme des Gemeinderathes auf die Verwaltung des Realschulfonds im Einvernehmen mit dem Landesauschusse zu wahren und die Einleitung inbezug auf Modification der competenten Commission zu treffen.

VI. Die Inndrucklegung der Jahresberichte der drei städtischen Volksschulen wird vom Jahre 1875 an eingestellt; an deren Stelle tritt die Erstattung von Jahresschulberichten an den Orts- und Bezirksrath; die Zeitungsredactionen werden um Aufnahme dieser Berichte in die öffentlichen Blätter ersucht werden.

VII. Der Gemeinderath genehmigt vorbehaltlich der Zustimmung des mitconcurrierenden Landesauschusses der Rechnung über die Kosten der Ueberführung der Realschule aus den alten in die neuen Localitäten im Betrage von 111 fl. 13 kr.

VIII. Der Gemeinderath genehmigt vorbehaltlich der Zustimmung des mitconcurrierenden Landesauschusses die Anschaffung eines Destillierapparates im Betrage von 278 fl. 49 kr. für die Realschule mit dem Bemerkten, daß in Zukunft die Genehmigung zu derlei Anschaffungen rechtzeitig einzuholen ist.

IX. Der Gemeinderath ratificiert die Kanzlei-Erfordernisrechnung des Ortsrathes pro 1874 im Betrage von 55 fl. 58 kr.

X. Ueber den Antrag der steiermärkischen Escomptebank, betreffend die käufliche Ueberlassung einer Bau-Acta von 48 Quadratlasten, worauf das zum Hause Nr. 237 am Hauptplatze befindliche Hintergebäude (eine kleine Wohnung sammt 6 Holzlagen) steht, um den Preis von 5000 fl. an die Stadtgemeinde entspinnt sich eine längere Debatte. Der Referent der Finanzsection, Hr. Dr. Ritter v. Schöppel und die Hrn. Terpin und Hauffen befürworten den Ankauf; der Ablehnungsantrag des Hrn. Dr. Steiner, der Antrag des Hrn. Dr. Ritter v. Kaltenegger, wonach vorher wegen Ermäßigung des Angebotes unter 5000 fl. zu verhandeln sei, und die Vertagungsanträge der Hrn. Lafnik und Dreo fallen und es wird der modificirte Antrag der Finanzsection angenommen, wonach der genannten Escomptebank für das bezeichnete Bau-Object ein Gegenangebot von 4000 fl. gemacht werde, von welchem die Stadtgemeinde einen Theil von 3500 fl. zu tragen hätte und der Rest von 500 fl. durch freiwillige Beiträge der nachbarlich gelegenen Hausbesitzer aufzubringen wäre.

XI. Der Gemeinderath genehmigt die Flüssigmachung eines Betrages von 2428 fl. 70 kr. für Anschaffung von Einrichtungsgeldern in der hiesigen Realschule;

XII. bewilligt dem Fabrikbesitzer Tschinkel die Erbauung einer gedeckten Schuppe zunächst dem Gemeindewege;

XIII. passiert nachträglich die Anschaffung von elf Alchungsstempeln gegen dem, daß in der Folge nur für bestellte Requisitionen Zahlung geleistet werden würde, und

XIV. spricht infolge eines Recurses in Sachen einer Uebertretung der Hundetagsvorschriften die Geldstrafen nachsicht aus.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen und beginnt die geheime Sitzung.

— (Ernennungen.) Herr Dr. Moriz Freiherr von Streit, Ministerialrath im Justizministerium, wurde zum Vizepräsidenten des k. k. Oberlandesgerichtes in Graz ernannt. Dem Titular-Postarthe Dr. Mathias Kulitz wurde der Postarthecharakter verliehen.

— (Für den Schulpfennig) widmete eine gemüthliche Tischgesellschaft beim Urba 9 fl. 45 kr.; aus dem krainischen Lehrervereine floßen demselben 1 fl. 23 kr. zu.

— (Die Vorlesungen für Lehrer und Lehrerinnen) finden im Chemie-Saal des Realschulgebäudes am Sonntag den 7. d. vormittags von 11 bis 12 Uhr ihre Fortsetzung, und zwar wird Professor Rnapitsch über die Gesetzmäßigkeit bei chemischen Verbindungen vortragen.

— (Für den Handlungsbalk) componierte Herr Kapellmeister Schinzi eine Polka française, welche er den commerciellen Kreisen Laibachs gewidmet hat.

— (Faschingschronik.) Der hiesige Arbeiterbildungsverein veranstaltet am 7. d. M. in den Localitäten des Hotel „Elefant“ ein Tanzfranzöser. — Der hiesige Sokolverein arrangiert am 9. d. in den Localitäten der Citalnica einen Maskenball. Die Eintrittskarten werden am 7., 8. und 9. d. M. in der Citalnica in den Nachmittagsstunden ausgegeben. Die Eintrittskarte für Theilnehmer, die nationalen Vereinen nicht angehören, kostet 2 fl.

— (Von der Nationalbank.) Der letzte Monatsausweis der Nationalbank verzeichnet an escomptierten Wechseln und Effecten folgende Summen. Bei den Filialen in Laibach 994,731 fl. 51 kr., in Klagenfurt 1.760,979 fl. 91 kr., in Graz 4.043,808 fl. 77 kr. 8. B.

— (Zweifacher Mord.) Das Kreisgericht zu Rudolfsbrunn in Unterfranken hat der Polizeidirection in Wien telegraphisch angezeigt, daß der dreißigjährige Johann Horzen (auch Horzen) am 27. v. M. um 2 Uhr Morgens zwei Männer in Jense mentschlich erschossen habe. Der Mörder dürfte sich entweder nach Agram oder in die Türkei geflüchtet haben.

